

A1 Präambel

Antragsteller*in: Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

Text

1 **Eine Politik des Zuhörens und Erklärens**

2 Nirgends ist die Politik den Menschen näher als in der Kommunapolitik. Alles
3 Wirken und alle Entscheidungen in den Stadt- oder Gemeinderäten oder im Kreistag
4 betreffen das unmittelbare Lebensumfeld.

5 Wir haben in einer Reihe von Veranstaltungen zur Vorbereitung der Kommunalwahl
6 in Hammelburg, Bad Kissingen, Bad Bocklet, Bad Brückenau, Maßbach und vielen
7 Gesprächen mit Bürgern im ganzen Landkreis einen fast gegenteiligen Eindruck
8 davon gewonnen. Gerade engagierte Menschen fühlen eine Distanz zu den
9 Entscheidungen in Politik und Verwaltung. Verfahren werden als kompliziert
10 wahrgenommen, Informationen oder gar eine Beteiligung sind oft nur über unnötige
11 Barrieren zu erreichen. Selbst Mitglieder in den Räten sind verunsichert, wenn
12 sie Informationen offen mit Außenstehenden teilen, ob sie dabei nicht
13 Kolleginnen und Kollegen oder die Verwaltung über- oder sogar hintergehen. Der
14 oft gelebte Konsens in der Kommunalpolitik ist richtig, solange er keine
15 wichtigen Debatten verhindert.

16 Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode eine bestimmte politische Kultur
17 pflegen: Wir wollen den Menschen zuhören und unsere Politik transparent
18 erklären. Diese Haltung und Bereitschaft erwarten wir auch von unseren
19 Vertreterinnen und Vertretern in den Kommunalparlamenten.

20 **Transparenz braucht einen formalen Rahmen und 21 eine gelebte Praxis**

22 Die Bayerische Gemeindeordnung ist an sich ein sehr guten Rahmen für
23 transparente Politik. Leider sieht der politische Alltag oft anders aus.
24 Sitzungen werden viel zu selten zum öffentlichen Austausch verschiedener
25 Positionen verwendet. Gerade der eigentliche Prozess der Meinungsbildung wird
26 oft aus den öffentlichen Teilen herausgelassen.

27 Wir wollen daher konsequent:

- 28 • Niederschwellige und zeitnahe Angebote von Tagesordnungen,
29 Sitzungsprotokollen und anderen wichtigen Informationen
- 30 • Raum für Debatten in den öffentlichen Sitzungsteilen schaffen
- 31 • Niederschwellige und zeitnahe Angebote von Sitzungsprotokollen,
32 Tagesordnungen und anderen wichtigen Informationen
- 33 • Debatten nur dann nicht-öffentlich führen, wo es rechtlich nicht anders
34 möglich ist
- 35 • Informelle Absprachen (z.B. in interfraktionellen Gesprächen) auf ein
36 Minimum reduzieren

37 Eine offene politische Kultur ist eine Chance 38 für alle

39 Die Menschen in unseren Gemeinden sind Expertinnen und Experten für ihr
40 Lebensumfeld. Eine Kommunalpolitik, die sich den Menschen ohne eigenes Mandat
41 öffnet, wird von deren Rückmeldungen und Ideen profitieren. Eine Politik, die
42 ihre Entscheidungen und schon den Weg zur Entscheidungsfindung transparent
43 erklären kann, wird auf ein höheres Maß an Vertrauen und Verständnis in der
44 Bevölkerung stoßen.

45 Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wollen daher auch in der kommenden
46 Wahlperiode:

- 47 • ... stets für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein. Wir wollen über
48 verschiedene Kanäle erreichbar sein. Dem einen liegt dabei mehr der
49 Kontakt per E-Mail oder Telefon, der anderen das direkte Gespräch auf der
50 Straße oder über die Sozialen Medien.
- 51 • ... wichtige Informationen zur Verfügung stellen, Entscheidungsprozesse
52 transparent machen und getroffene Entscheidungen erklären können, z.B.
53 über unsere Onlinemedien, in eigenen Veranstaltungen und über die Presse.
- 54 • ... in den Kommunalparlamenten öffentlich Debatten führen, die für die
55 Kreis-, Stadt- und Ortsgesellschaft relevant sind, auch stellvertretend
56 für die Teile der Bevölkerung, deren Anliegen in manchen Räten vielleicht
57 zu kurz kommen.
- 58 • ... nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Unsere Fraktionen
59 unterliegen keinem Zwang einheitlich abzustimmen. Wir erwarten allerdings
60 von allen unsere MandatsträgerInnen, wichtige Entscheidungen auch
61 öffentlich begründen zu können.
- 62 • ... uns nicht von vermeintlichen Zeit- oder Sachzwängen aus der Ruhe
63 bringen lassen. Maßgebend für unsere Politik ist allein die besten
64 Entscheidungen für unseren Landkreis und seine Kommunen.

65 Selbstbewusste Kommune

66 Unsere Gemeinden und unser Landkreis sind lebendig, stark und lebenswert. Wir
67 sind eigenständig und weitaus mehr als Anhängsel von Großstadträumen. Die aus
68 allen Nähten platzenden Ballungsgebiete sind auf starke und attraktive Räume
69 angewiesen, wenn sie Ihre Probleme in den Griff bekommen wollen. Die Wohnungsnot
70 und das Verkehrschaos in den Städten wird sich nicht dort lösen lassen. So viele
71 neue Stammstrecken können wir in München gar nicht in den Boden legen.

72 Diese Selbstbewusstsein muss sich auch in Kommunalpolitik und unserem Auftreten
73 gegen übergeordnete Politik- und Verwaltungsebenen widerspiegeln.

74 Unsere Kommunalpolitik kann mehr als in Kameras lächeln wenn VertreterInnen von
75 Regierungsparteien aus Bund und Land als großzügig bezahlte Postbotinnen und
76 Postboten Förderbescheide überreichen als wäre es ihr eigenes Geld.

77 Unsere politischen Entscheidungen müssen davon geprägt werden, mit welchen
78 Konzepten wir vor Ort unser Lebensumfeld gestalten wollen – nicht von
79 Förderrichtlinien aus Berlin oder München.

80 Wir wollen

- 81 • Die Bedürfnisse auf dem Land selbstbewusst nach außen Vertreten
- 82 • Keine Politik an Förderrichtlinien ausrichten
- 83 • Mehr konzeptionelle Expertise vor Ort, in den Verwaltungen in der
84 Kommunalpolitik und wenn nötig auch durch Externe schaffen